

Verordnung des Regierungsrates zur Umweltschutzgesetzgebung

vom 20. Dezember 1988 ¹⁾

I. Allgemeines

§ 1 ²⁾

¹ Das Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft vollzieht das Bundesgesetz über den Umweltschutz ³⁾, soweit das Recht des Bundes oder des Kantons keine abweichenden Vorschriften enthält. Das Amt stellt die Koordination mit anderen Vollzugsbehörden sicher.

Vollzug,
Information,
Zusammenarbeit

² Gemeinden und kantonale Ämter informieren sich gegenseitig und arbeiten zusammen.

³ Die zuständigen kantonalen Vollzugsbehörden beraten die Gemeinden.

§ 2

Die Ortsgemeinden haben auf die Auflagen oder Bedingungen der Vollzugsentscheide der kantonalen Ämter in der Baubewilligung hinzuweisen.

Kantonale Voll-
zugsentscheide zu
Baubewilligungen

§ 3

¹ Wer um behördliche Emissions- oder Immissionskontrolle ersucht, kann zu einem Kostenvorschuss angehalten werden.

Kontrollersuchen
Dritter

² Ergibt die Kontrolle, dass die Anlage oder deren Betrieb den Vorschriften oder Verfügungen entspricht, so können dem Ersucher die Kosten überbunden werden, andernfalls dem Anlageinhaber.

¹⁾ Vom Bundesrat bezüglich der Vorschriften über die Sanierung und den Schallschutz in den §§ 4–6, 8 (Absätze 1, 2 und 4), 10, 12, 14, 16–21 sowie bezüglich der Vorschriften über Abfälle in den §§ 15 und 31 genehmigt am 20. April 1989, in Kraft getreten am 6. Mai 1989.

²⁾ Fassung gemäss RRV vom 17. November 1992.

³⁾ SR 814.01

II. Luftreinhaltung

A. Allgemeines

§ 4

Vollzug durch
Kanton und
Gemeinden,
Zuständigkeiten

¹ Der Vollzug der Luftreinhalte-Verordnung (LRV) ¹⁾ obliegt mit Ausnahme der Artikel 17, 18, 24 bis 26, 33 und 34 und soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt dem Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft. Artikel 24 bis 26 LRV ¹⁾ vollzieht das Kantonale Laboratorium. Die Zuständigkeit zur Anordnung von Begrenzungen nach Artikel 18 LRV ¹⁾ und Massnahmen nach Artikel 33 LRV ¹⁾ richtet sich nach den einschlägigen Vorschriften. Massnahmepläne nach Artikel 31 LRV ¹⁾ und Anträge nach Artikel 34 LRV ¹⁾ erstellt beziehungsweise stellt der Regierungsrat.

²⁾ Die politischen Gemeinden vollziehen die §§ 8 bis 15 dieser Verordnung. Sie prüfen, ob die Emissionsableitungen bei Öl- und Gasfeuerungsanlagen bis 350 Kilowatt (kW) bei Holz- oder Kohlefeuerungen bis 70 Kilowatt (kW) oder bei Anlagen, für die keine Emissionsgrenzwerte festgelegt sind, oder bei welchen die LRV ¹⁾ eine bestimmte Begrenzung als nicht anwendbar erklärt, Artikel 6 Absätzen 1 und 2 LRV ¹⁾ entsprechen.

³⁾ ...

§ 5

Befugnisse des
Amtes für Um-
weltschutz und
Wasserwirtschaft

¹ Das Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft überwacht und kontrolliert in Zusammenarbeit mit anderen Ämtern Emissionen und Immissionen und beurteilt sie. Es verfügt im Rahmen von § 4 Absatz 1 Emissionsbegrenzungen und Sanierungen.

² Es kann Anordnungen für Eingaben, Kontrollen, Messungen treffen oder bestimmte Messgeräte vorschreiben.

³ Beauftragt es Private mit Kontroll- und Überwachungsaufgaben, bedarf dies der Zustimmung des Baudepartementes.

¹⁾ SR 814.318.142.1

²⁾ Fassung gemäss RRV vom 26. Mai 1998.

³⁾ Aufgehoben durch RRV vom 26. Mai 1998.

§ 6

¹ Wer eine Anlage, die Luftverunreinigungen verursacht, errichten oder umbauen will, hat die Emissionserklärung nach Artikel 12 LRV ¹⁾ in der Regel entweder mit dem Gesuch um Feuerschutzbewilligung oder mit dem Bau- oder Plangenehmigungsgesuch einzureichen.

Emissions-
erklärungen

² Soweit es sich um Feuerungsanlagen für Heizöl «Extra leicht» oder Gas bis 1 MW oder für Kohle oder Holz bis 70 kW handelt, genügen die Angaben des energietechnischen Nachweises respektive der Deklaration gemäss Energieverordnung.

³ Die Gemeinden leiten die Gesuche an das Baudepartement, soweit das Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft zuständig ist.

§ 7 ²⁾**B. Feuerungsanlagen ³⁾****§ 7a ⁴⁾**

In Abweichung von Anhang 3 Ziffer 412 Absatz 1 und Ziffer 62 Absatz 1 LRV ¹⁾ gelten für Feuerungen für Heizöl «Extra leicht» und Gasfeuerungen mit einer Feuerwärmeleistung von 30 kW bis 1 MW die verschärften Stickoxid-Emissionsgrenzwerte gemäss Anhang 3 Ziffern 411 und 61 LRV.

Verschärfte
Stickoxid-
Emissions-
grenzwerte

§ 7b ⁴⁾

Die energetischen Anforderungen für Wärmeerzeuger mit Gebläsebrenner gemäss Anhang 3 Ziffern 414 und 631 LRV ¹⁾ gelten für alle Wärmeerzeuger.

Energetische
Anforderungen für
Wärmeerzeuger

§ 7c ⁴⁾

Auf begründeten Antrag kann das Amt für Prozessfeuerungen und Feuerungen mit höherer Absicherungstemperatur als 110 °C und/oder anderen Heizmedien als Wasser Ausnahmen von §§ 7a und 7b gewähren. Dabei dürfen die Stickoxidwerte gemäss Anhang 3 Ziffer 412 Absatz 2 und Ziffer 62 Absatz 2 LRV ¹⁾ und die Abgasverlustwerte gemäss Anhang 3

Ausnahmen

¹⁾ SR 814.318.142.1

²⁾ Aufgehoben durch RRV vom 26. Mai 1998.

³⁾ Fassung gemäss RRV vom 26. Mai 1998.

⁴⁾ Eingefügt durch RRV vom 26. Mai 1998.

der Verordnung des Regierungsrates zum Energiegesetz und zum Bundesbeschluss für eine sparsame und rationelle Energienutzung (Energieverordnung)¹⁾ nicht überschritten werden.

§ 8²⁾

Feuerungskontrolle durch die Gemeinden

¹ Die politischen Gemeinden kontrollieren alle zwei Jahre die Feuerungsanlagen für Heizöl «Extra leicht» und Gas mit einer Leistung bis 350 kW.

² Sie verfügen unter Ansetzung einer Frist nach Artikel 10 LRV³⁾, dass Anlagen gemäss Absatz 1, die den Anforderungen der LRV (Anhang 3) oder der §§ 7a und 7b dieser Verordnung nicht entsprechen, neu einreguliert oder saniert werden.

³ Sie kontrollieren,

1. dass nur typengeprüfte Anlagen gemäss Artikel 20 LRV³⁾ installiert werden,
2. ob bei neu installierten Anlagen die Abnahme der Anlagen gemäss § 30 Energieverordnung¹⁾ vollständig durchgeführt worden ist.

⁴ Sie legen dem Amt für Umwelt jährlich per Ende Juni Rechenschaft über die durchgeführten Kontrollen und Anordnungen ab.

§ 9

Feuerungskontrolle

¹ Der Gemeinderat wählt die Feuerungskontrolleure oder betraut Private mit der Kontrolle. Die gewählten oder betrauten Kontrolleure sind dem Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft zu melden.

² Feuerungskontrolleur oder betrauter Privater kann nur sein, wer einen vom Amt anerkannten Ausbildungskurs absolviert hat und die vom Amt vorgeschriebenen Weiterbildungskurse besucht.

³ Messungen durch Dritte wie zum Beispiel Messungen im Rahmen von Serviceabonnements werden nicht anerkannt. Hingegen können die Gemeinden Nachkontrollmessungen bei beanstandeten Anlagen durch Private anerkennen, sofern die Meldung auf dem von der Gemeinde zugelassenen Formular erfolgt und anerkannte Messgeräte verwendet werden. Die vom Gemeinderat gewählten oder beauftragten Kontrolleure führen Stichprobenmessungen durch.

§ 10⁴⁾

¹⁾ 731.1

²⁾ Fassung gemäss RRV vom 26. Mai 1998.

³⁾ SR 814.318.142.1

⁴⁾ Aufgehoben durch RRV vom 26. Mai 1998.

§ 11

Die Munizipalgemeinden erheben kostendeckende Gebühren für die Kontrolle und für die Sanierungsverfügungen. Gebühren

*C. Besonderes***§ 12¹⁾**

Bei übermässigen Immissionen, die von einer einzelnen Feuerungsanlage für Heizöl «Extra leicht» oder Gas bis 350 kW oder Kohle- oder Holzfeuerung bis 70 kW verursacht werden, verfügt die Gemeinde Massnahmen oder Emissionsbegrenzungen. Immissionen aus Feuerungsanlagen

§ 13

¹ Gewerbliche Tätigkeiten, bei denen lästig oder schädlich wirkende Luftverunreinigungen entstehen und die üblicherweise in Gebäuden oder Anlagen durchgeführt werden oder die ohne wesentliche Nachteile in solchen durchgeführt werden können, sind im Freien verboten. Luftverunreinigende Tätigkeiten im Freien

² Bei erheblich luftverunreinigenden Tätigkeiten, die nur im Freien durchgeführt werden können, sind Massnahmen zum Schutze der Umgebung zu treffen, soweit dies technisch und betrieblich möglich und wirtschaftlich tragbar ist.

§ 14

Bei übermässigen Rauch-, Russ-, Staub- oder Geruchsimmissionen führt die Ortsgemeinde die Erhebung gemäss Artikel 2 Absatz 5 Buchstabe b LRV²⁾ in Zusammenarbeit mit dem Amt und nach dessen Anweisungen durch, soweit nicht die Munizipalgemeinde zuständig ist (§ 12). Rauch-, Geruchs- und andere Immissionen

§ 15

¹ Das Verbrennen von Abfällen wie Altöl, Pneus, Kunststoffe, Lösungsmittel, Spanplatten, beschichtetes oder imprägniertes Holz usw. im Freien ist verboten. Ausgenommen ist das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen aus Garten, Feld und Forst im Freien, sofern keine übermässigen Immissionen entstehen. Verbrennen von Abfällen

¹⁾ Fassung gemäss RRV vom 26. Mai 1998.

²⁾ SR 814.318.142.1

² Die Munizipalgemeinden überwachen das Verbot der Abfallverbrennung in Kleinanlagen bis 350 kW gemäss Anhang 2 Punkt 718 zur LRV ¹⁾.

III. Lärmschutz

A. Vollzugsbehörden bei ortsfesten Anlagen

§ 16

Anlagearten und
Vollzugsbehörden

Die Zuständigkeit für den Vollzug der Artikel 7 bis 18 und 36 bis 42 der Lärmschutz-Verordnung (LSV) ²⁾ richtet sich nach der Art der Anlage gemäss den §§ 17 bis 20.

§ 17

Strassen

¹ Vollzugsbehörde ist die Ortsbehörde für Gemeindestrassen und das Tiefbauamt für Staats- und Nationalstrassen.

² Das Tiefbauamt erstellt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden die Strassensanierungsprogramme (Artikel 19 LSV) ²⁾ und Mehrjahrespläne (Artikel 24 LSV) ²⁾ für alle Strassen. Die Ortsbehörden haben dem Tiefbauamt die Angaben für die Sanierung der Gemeindestrassen zu liefern.

³ Das Baudepartement beaufsichtigt den Vollzug durch die Ortsbehörden und das Tiefbauamt. Erleichterungen nach Artikel 7 Absatz 2 und 14 LSV ²⁾ bedürfen der Zustimmung des Baudepartementes.

§ 18

Schiessanlagen

Vollzugsbehörde für Schiessanlagen ist das Amt für Raumplanung.

§ 19

Eisenbahnanlagen,
Flugfelder

Soweit nicht das entsprechende Bundesamt für den Vollzug der LSV ²⁾ bei Eisenbahnanlagen und Flugfeldern zu sorgen hat, obliegt er dem Tiefbauamt.

¹⁾ SR 814.318.142.1

²⁾ SR 814.41

§ 20

¹ Vollzugsbehörde für Anlagen der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft gemäss Anhang 6 Ziffer 1 Absatz 1 Buchstaben a bis c LSV ¹⁾ ist das Industrie- und Gewerbeinspektorat.

Industrie,
Gewerbe, Land-
wirtschaft und
andere ortsfeste
Anlagen

² Vollzugsbehörde für die übrigen ortsfesten Anlagen ist die Ortsbehörde.

§ 21

¹ Verpflichtungen zu Schallschutzmassnahmen an mehreren bestehenden Gebäuden gemäss Artikel 10 und 15 LSV ¹⁾ oder Sanierungen von Strassen, Schiessanlagen, Eisenbahnen oder anderen öffentlichen oder konzessionierten ortsfesten Anlagen werden in Plänen festgelegt, wobei sich das Verfahren nach § 38 ^{bis} beziehungsweise § 45 des Gesetzes über das Strassenwesen ²⁾ richtet.

Verfahren für
Schallschutz-
massnahmen oder
Sanierungen

² Verpflichtungen zu Schallschutzmassnahmen an einzelnen Gebäuden oder zur Sanierung bestehender Anlagen werden in Entscheidform festgelegt, wobei sich das Verfahren nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege ³⁾ richtet.

³ Im Plan oder im Entscheid ist die Kostenpflicht festzulegen.

⁴ Die Bewilligungs- oder Anzeigepflicht für Schallschutzmassnahmen am Gebäude richtet sich nach §§ 126 und 127 Baugesetz ⁴⁾.

B. Baubewilligung und Nutzungsplanung**§ 22**

¹ Die Ortsgemeinden vollziehen die Artikel 29 bis 35 LSV ¹⁾.

Vollzug durch
Gemeinden

² Ausnahmen gemäss Artikel 30 LSV ¹⁾ können nur im Rahmen von Gestaltungs-, Quartier- oder Arealüberbauungsplänen gestattet werden. Zustimmungen gemäss Artikel 31 Absatz 2 LSV ¹⁾ erteilt das Baudepartement.

¹⁾ SR 814.41

²⁾ Jetzt § 21; 725.1.

³⁾ 170.1

⁴⁾ Bewilligungspflicht jetzt § 86 Planungs- und Baugesetz vom 16. August 1995; 700.

| | |
|--------------------------------------|--|
| Angaben im Baugesuch | <p>§ 23</p> <p>¹ Besteht Grund zur Annahme, dass auf dem Baugrundstück die Immissionsgrenzwerte überschritten sind, hat der Bauherr, sofern kein Lärm-belastungskataster besteht, die Aussenlärmbelastung zu ermitteln und im Baugesuch anzugeben.</p> <p>² Vom Bauherrn einer ortsfesten Anlage im Sinne von Artikel 2 LSV ¹⁾ kann eine Lärmprognose verlangt werden.</p> |
| Zuordnung der Empfindlichkeitsstufen | <p>§ 24</p> <p>¹ Die Zuordnung der Empfindlichkeitsstufen erfolgt durch die Ortsgemeinden in den Baureglementen, Zonen-, Gestaltungs-, Quartier- oder Arealüberbauungsplänen oder bei Umwandlung nach § 2 der Verordnung des Regierungsrates zur Einführung des Bundesgesetzes über die Raumplanung ²⁾ im Verfahren nach §§ 38 bis 41 des Baugesetzes ³⁾.</p> <p>² Bis zur Zuordnung der Empfindlichkeitsstufen gemäss Absatz 1 gelten dort, wo das Immissionsmass der Nutzungszonen nach Baureglement sinngemäss oder nach Baugesetz mit den in Artikel 43 Absatz 1 LSV ¹⁾ verwendeten Immissionsbegriffen übereinstimmt, die entsprechenden Empfindlichkeitsstufen als zugeordnet. In allen anderen Fällen bestimmt das Baudepartement die Empfindlichkeitsstufe im Einzelfall auf Antrag der Ortsgemeinden.</p> <p>³ Eine höhere Zuordnung einer Empfindlichkeitsstufe gemäss Artikel 43 Absatz 2 LSV ¹⁾ soll durch die Gemeinden im Verfahren nach Absatz 1 bis spätestens Ende 1992 erfolgen.</p> |
| Nachweis der Planungswerte | <p>§ 25</p> <p>Die Gemeinden haben bei der Ausscheidung neuer Bauzonen nach Artikel 29 LSV ¹⁾ oder der Erschliessung von Bauzonen nach Artikel 30 LSV ¹⁾ nachzuweisen, dass die Planungswerte eingehalten sind.</p> |
| | <p>§ 26 ⁴⁾</p> |

¹⁾ SR 814.41

²⁾ Aufgehoben durch Planungs- und Baugesetz von 16 August 1995; 700.

³⁾ Jetzt §§ 29–33 Planungs- und Baugesetz vom 16. August 1995; 700.

⁴⁾ Aufgehoben durch RRV vom 17. November 1992.

IV. Umweltgefährdende Stoffe

§ 27

Der Vollzug der Verordnung über umweltgefährdende Stoffe (Stoffverordnung)¹⁾ obliegt dem Kantonalen Laboratorium, soweit nicht andere Behörden bezeichnet sind.

Vollzug durch
Kantonales
Laboratorium

§ 28²⁾

¹ Das Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft vollzieht folgende Bestimmungen der Stoffverordnung¹⁾:

Spezielle
Zuständigkeiten

1. Artikel 60 Absätze 1 und 3 litera a;
2. Anhang 4.4 Ziffer 3 Absatz 2;
3. Anhang 4.5;
4. Anhang 4.12 Ziffer 2 Absatz 2.

² Das Landwirtschaftsamt vollzieht folgende Bestimmungen der Stoffverordnung:

1. Artikel 60 Absatz 1;
2. Anhang 4.5 Ziffer 321 Absatz 1 und Ziffer 34.

³ Das Landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg vollzieht folgende Bestimmungen der Stoffverordnung:

1. Artikel 60 Absätze 1–3;
2. Anhang 4.5 Ziffern 241–244, 25 Absatz 4, 321, 322, 34.

§ 29

Über die Verwendung von Pflanzenbehandlungsmitteln auf und an Staats- und Nationalstrassen entscheidet das Baudepartement.

Pflanzenbe-
handlungsmittel
auf Strassen des
Kantons

§ 30

¹ Die Gemeinden haben Routenverzeichnisse anzulegen, in denen festgehalten wird, wo Auftaumittel verwendet werden dürfen und wie sie auszubringen sind.

Auftaumittel im
Strassenwinter-
dienst

² Das Tiefbauamt erstellt die Routenverzeichnisse für Staats- und Nationalstrassen.

³ Die Routenverzeichnisse sind bis spätestens Mitte 1990 zu erstellen.

⁴ Das Tiefbauamt vollzieht Anhang 4.6, Ziffern 33 und 4.

¹⁾ SR 814.013

²⁾ Fassung gemäss RRV vom 20. Juni 1995.

V. Abfälle**§ 31¹⁾****VI. Belastung des Bodens****§ 32**Beobachtung
des Bodens

Das Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft beobachtet und beurteilt die Bodenbelastung nach der Verordnung über Schadstoffe im Boden²⁾.

§ 33Massnahmen des
Kantons

¹ Die Ermittlung der Schadstoffquellen obliegt dem Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft.

² Sind Massnahmen nach Artikel 35 des Bundesgesetzes über den Umweltschutz³⁾ in den Bereichen Luftreinhaltung, umweltgefährdende Stoffe und Abfälle nötig, erlässt sie der Regierungsrat.

VII. Schutz vor Störfällen⁴⁾**§ 34⁴⁾**

Vollzugsbehörde

Das Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft vollzieht die Verordnung über den Schutz vor Störfällen (StFV)⁵⁾, soweit diese Verordnung bestimmte Aufgaben nicht anderen Stellen überträgt.

§ 35⁴⁾Anhörung anderer
Amtsstellen

Für die Beurteilung des Kurzberichtes und die Risikobeurteilung nach den Artikeln 6 und 7 StFV⁵⁾ holt das Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft bei anderen Fachstellen des Kantons Stellungnahmen ein.

¹⁾ Aufgehoben durch RRV zum G über die Abfallbewirtschaftung vom 30. August 1994; 814.041.

²⁾ SR 814.12

³⁾ SR 814.01

⁴⁾ Fassung gemäss RRV vom 17. November 1992.

⁵⁾ SR 814.012

§ 36¹⁾

¹ Meldestelle gemäss Artikel 12 Absatz 1 StFV²⁾ ist die Einsatzzentrale der Kantonspolizei. Meldestellen

² Die zentrale Stelle, welche die Meldung von Störfällen gemäss Artikel 12 Absatz 2 StFV²⁾ an die Alarmstelle des Bundes weiterleitet, ist das Amt für Umweltschutz und Wasserwirtschaft.

§ 37¹⁾

Die Pflicht zur Information und Alarmierung der Bevölkerung gemäss Artikel 13 StFV²⁾ obliegt dem zuständigen Bezirksamthalter. Information und Alarmierung

§ 38¹⁾

Das Feuerwehrenspektorat sorgt für die Koordination der Ereignisdienste mit der Einsatzplanung der Inhaber nach Artikel 14 StFV²⁾. Koordination der Ereignisdienste

VIII. Getränkeverpackungen¹⁾**§ 39¹⁾**

¹ Das Kantonale Laboratorium vollzieht die Verordnung über Getränkeverpackungen VGV³⁾, soweit der Kanton zuständig ist. Vollzugsbehörde

² Es prüft die Kennzeichnung der Getränkeverpackungen gemäss Artikel 4 VGV³⁾ im Rahmen der üblichen Lebensmittelkontrolle.

³ Das Eichamt meldet die im Rahmen seiner Tätigkeit festgestellten Mängel dem Kantonalen Laboratorium.

¹⁾ Eingefügt durch RRV vom 17. November 1992.

²⁾ SR 814.012

³⁾ SR 814.017